

http://www.fnweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-laender-angst-vor-weiterer-nullrunde-arid,1053734.html

Länder

Energiepolitik Landesumweltminister Franz Untersteller drängt auf eine Regionalisierungsquote beim Ausbau mit Windenergie

Angst vor weiterer Nullrunde

26. Mai 2017 Autor: [Dirk Jansch](#)



Baden-Württemberg ging in diesem Jahr bei den Zuschlägen für Windenergie leer aus: Auf dem Foto stehen zwei Windräder bei Hofgrund im Schwarzwald.

dpa

Stuttgart. Die Stimmung beim neunten Windbranchentag in Stuttgart schwankte zwischen Aufbruch und Enttäuschung. Vor 300 Fachleuten zeichnete Landesumweltminister Franz Untersteller (Grüne) ein positives Bild der Windenergie im Land. Es sei gelungen, im vergangenen Jahr mit 120 neu gebauten Anlagen der Windkraft in Baden-Württemberg einen spürbaren Schub zu geben. Doch am Rande ließ der Minister nachdenkliche Töne anklingen. Dass Baden-Württemberg bei der ersten

bundesweiten Ausschreibungsrunde für Windkraftanlage leer ausgegangen sei, könne er so nicht akzeptieren.

Energiewende aus Bürgerhand

Windenergie im Land

- Der **Ausbau** der Windenergie in Baden-Württemberg ist mit 53 genehmigten Anlagen **2014** mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) **in Schwung gekommen**.
- **2016** wurden 120 Windkraftanlagen neu gebaut. Insgesamt sind 200 Anlagen genehmigt worden.
- **Ende April 2017** lagen in Stuttgart Genehmigungen für 200 Windkraftanlagen mit mehr als 600 Megawatt vor, die noch nach der alten EEG-Vergütung umgesetzt werden können.
- Für alle zukünftigen Projekte gilt das **Ausschreibungssystem des EEG 2017**. Bei der ersten Ausschreibungsrunde am 2. Mai ging Baden-Württemberg leer aus. dir

"Es kann doch nicht sein, dass 96 Prozent der Ausschreibungsergebnisse an Bürgerenergiegesellschaften gehen", sieht Untersteller noch Nachjustierungsbedarf im Verfahren. Insgesamt hatten nur fünf professionelle Bewerber den Zuschlag bekommen. "Das hatte so keiner vorhergesehen", äußert sich Untersteller "überrascht". Spätestens nach dem zweiten Ausschreibungsverfahren am 1. August werde man reagieren müssen: "Ich hätte mir insgesamt eine größere Bandbreite bei den bezuschlagten Projekten gewünscht."

Dabei bewertet Untersteller den Erfolg der Bürgergesellschaften durchaus positiv. "Eine Energiewende auch aus Bürgerhand haben wir stets befürwortet, und der Zuschlag an so viele Bürgergesellschaften zeigt, dass das auch realistisch ist". Allerdings sieht er bei den jetzt noch ausstehenden Genehmigungsprozessen eine Reihe von Unwägbarkeiten. Offensichtlich gebe es eine gewisse Ungleichheit im System, wo man noch mal genauer hinschauen müsse, um das wieder in die Balance zu bringen.

Das Bundeswirtschaftsministerium räumt Bürgerenergiegesellschaften in seinen Ausschreibungsbestimmungen in der Tat einige Vorteile gegenüber anderen Bewerbern ein. Sie können Gebote für bis zu sechs Windenergieanlagen mit bis zu 18 Megawatt Leistung abgeben und müssen dafür lediglich ein Windgutachten und einen Flächensicherungsvertrag vorlegen. Eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) ist nicht erforderlich.

Kein Land abkoppeln

Hier fängt für Franz Untersteller die Ungleichbehandlung an. Die sogenannte BImSchG koste einen professionellen Betreiber einen sechsstelligen Betrag und mehrere Jahre Vorlaufzeit. Eine weitere Bevorteilung der Bürgergesellschaften sieht der Minister darin, dass diese als Zuschlagswert den höchsten bezuschlagten Gebotswert erhalten, egal, mit welchem Preis sie sich bewerben. Außerdem hätten sie vier Jahre Zeit zur Realisierung ihrer Windanlagen und könnten so flexibler auf Kosten- und Marktentwicklungen reagieren als ihre Mitbewerber.

Untersteller hat sich schon bei der Novelle des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) für eine Regionalisierungsquote starkgemacht. Sein Vorschlag: 40 Prozent der Aufträge soll der Norden zugeschlagen bekommen, 40 Prozent der Süden, die verbleibenden 20 Prozent sollen im freien Vergabeverfahren nach den besten Angeboten verteilt werden. "Wenn ich nur im Norden ausbaue, habe aber im Süden die Lastzentren, habe ich trotzdem weiteren Ausbaubedarf", so Untersteller. Wolfram Axthelm, Geschäftsführer Bundesverband WindEnergie, legt ebenfalls Wert auf einen gleichmäßigen Ausbau in Deutschland: "Es darf nicht passieren, dass Länder von der Energiewende abgeschnitten werden."

Nach Angaben von Christian Oberbeck vom Landesvorstand WindEnergie bedeutet die Pleite bei

der ersten bundesweiten Ausschreibung keinen Rückschlag für die Ausbauziele der grün-schwarzen Landesregierung. Bei der aktuellen Runde hätten Bewerber aus Baden-Württemberg Angebote für mehr als 2000 Kilowatt abgegeben, zur Vergabe standen aber nur 807 Watt. Auch ohne Zuschlag stünden in den nächsten beiden Jahren noch 200 Genehmigungen zur Umsetzung an.

Mit Spannung werden jetzt die beiden nächsten Ausschreibungsrunden im August und November erwartet, die jeweils mit 1000 Kilowatt ausgeschrieben sind. Für 2018 sind weitere vier Runden vorgesehen. "Eine weitere Nullrunde darf es nicht geben", gibt Untersteller als Marschroute vor. Er ist sich sicher, dass man sich im Bundeswirtschaftsministerium zusammensetzt, um nach Lösungen zu suchen - notfalls durch eine Zulassungsbeschränkung für Bürgergenossenschaften. Von der künftigen Bundesregierung wünscht sich der Minister mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien. Wenn die jetzige Geschwindigkeit beibehalten werde, seien die Klimaschutzziele nicht zu erreichen: "Wir müssen die Ausbaupfade so korrigieren, dass sie zu den Klimaverpflichtungen passen."

© Mannheimer Morgen, Freitag, 26.05.2017

Zum Thema

[Kleine nicht ausschließen](#)